Permanent Mission
of the Federal Republic of Germany
to the United Nations
New York

Note No. 351/2018

Verbalnote

Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland dankt dem Bereich Rechtsangelegenheiten der Vereinten Nationen für die Verbalnote LA/COD/50/1 vom 13. Dezember 2017 und das Engagement zur Verhinderung von Straftaten von VN-Personal während der Tätigkeit bei den Vereinten Nationen oder in Einsätzen.

Das deutsche Recht erfüllt bereits alle Voraussetzungen zur nationalen Verfolgung von Straftaten, die im Rahmen von VN-Einsätzen durch deutsches Personal begangen werden: Deutsche Staatsangehörige unterliegen grundsätzlich der deutschen Gerichtsbarkeit, wenn die Taten auch am Tatort strafbar sind oder der Tatort keiner Strafgewalt unterliegt. Unter anderem bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung unterliegen deutsche Staatsangehörige aber auch dann der deutschen Strafgewalt, wenn die Tat am Tatort straffrei ist.

Spezifische Vorschriften für VN-Mitarbeiter bzw. –Vertreter enthält das Strafgesetzbuch (StGB) nicht. Aufgrund der bestehenden umfassenden Vorschriften über die Anwendbarkeit deutschen Strafrechts sind spezielle Regelungen jedoch nicht erforderlich. Im Einzelnen finden auf die Strafverfolgung folgende Vorschriften aus dem StGB und dem Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) Anwendung, deren Volltext im deutschen Original und einer Übersetzung beigefügt wird:

Mr. Miguel de Serpa Soares
Under-Secretary-General
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel
United Nations
Secretariat Building S-3620
New York, NY 10017

RECEIVED
JUN 07 2018
COD/R-00111
OFFICE OF LEGAL AFFAIRS

- Das deutsche Strafrecht ist anwendbar auf alle Taten, deren Handlung auf deutschem Staatsgebiet (§ 3 StGB) oder auf einem deutschen Schiff oder Luftfahrzeug (§ 4 StGB) vollzogen wird.

- Gemäß § 7 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 StGB gilt das deutsche Strafrecht für Auslandstaten, die gegen einen Deutschen oder von einem Deutschen begangen werden, wenn die Tat am Tatort mit Strafe bedroht ist oder der Tatort keiner Strafgewalt unterliegt.

- Das deutsche Strafrecht findet auch Anwendung gemäß § 5 StGB bei bestimmten Auslandstaten, die einen besonderen Inlandsbezug aufweisen, unabhängig vom Recht des Tatorts, insbesondere bei Straftaten, die sich gegen die sexuelle Selbstbestimmung richten (§ 5 Nr. 8 StGB), bei Straftaten deutscher Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter (§ 5 Nummer 12 StGB), Taten, die ein Ausländer als Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter während eines dienstlichen Aufenthalts oder in Beziehung auf den Dienst begeht (§ 5 Nummer 13 StGB), Taten, die jemand gegen einen Amtsträger, einen für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder einen Soldaten der Bundes-wehr während der Ausübung ihres Dienstes oder in Beziehung auf ihren Dienst begeht (§ 5 Nummer 14 StGB) und bei korruptionsbezogenen Auslandstaten, wenn der Täter zur Zeit der Tat Deutscher ist (§ 5 Nummer 15 Buchstabe a; Nummer 16 Buchstabe a StGB; Art 2 § 3 IntBestG).

- Bei den in § 6 StGB genannten Auslandstaten gegen international geschützte Rechtsgüter gilt deutsches Strafrecht ebenfalls unabhängig vom Recht des Tatorts.

- Mit Einführung des VStGB im Jahre 2002 hat die Bundesrepublik Deutschland die im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshof enthaltenen Regelungen zum Völkermord sowie zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in deutsches Recht überführt (§§ 6 - 12 VStGB). Nach § 1 Satz 1 VStGB gelten die in §§ 6 – 12 VStGB niedergelegten Straftaten auch dann, wenn die Tat im Ausland begangen wurde und keinen Bezug zum Inland aufweist. Nach diesen Vorschriften können daher auch Straftaten, die Abgesandte auf VN-Missionen im Ausland begehen, verfolgt werden.

- Mit dem Wehrstrafgesetzbuch (WStG) gibt es im deutschen Recht ein Sonderstrafrecht für die Soldaten der Bundeswehr (vgl. § 1 Absatz 1 WStG). Dabei ist das WStG kein in sich abgeschlossenes Sonderstrafrecht. Das WStG beschränkt sich vielmehr darauf, die zum allgemeinen Strafrecht notwendigen Ergänzungen und Abweichungen zu regeln, die sich aus den besonderen militärischen Erfordernissen ergeben. Im Übrigen gilt auch für Soldaten das allgemeine Strafrecht.

  Nach § 1a Absatz 2 des Wehrstrafgesetzes (WStG) gilt das allgemeine deutsche Strafrecht unabhängig vom Recht des Tatortes auch für Taten, die ein Soldat während eines dienstlichen Aufenthalts oder in Beziehung zum Dienst im Ausland begeht. Damit gilt das deutsche Strafrecht auch für Straftaten, die Soldaten der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen, z.B. im Rahmen einer UN-Mission, begehen. Artikel 96 Absatz 2 des Grundgesetzes enthält eine Ermächtigung, Wehrstrafgerichte für die Streitkräfte als Bundesgerichte zu errichten. Von dieser Ermächtigung hat der Gesetzgeber keinen Gebrauch gemacht. Von Soldaten begangene Straftaten unterliegen daher der Strafverfolgung ziviler Staatsanwaltschaften und Strafgerichte, auch soweit es um Straftaten nach dem Wehrstrafgesetz geht.

In strafrechtlichen Ermittlungen und gerichtlichen Strafverfahren sind grundsätzlich auch Beweismittel, die durch die Vereinten Nationen erlangt wurden, zulässig. Deren Würdigung und Bewertung obliegt den deutschen Ermittlungsbehörden und Gerichten.

Es ist und war ein wichtiges rechtspolitisches Ziel der Bundesrepublik Deutschland, die Interessen der Opfer in den Blick zu nehmen. Durch zahlreiche Gesetzgebungsvorhaben der letzten Jahre wurde die Situation der Opfer in Strafverfahren kontinuierlich verbessert. Opferschutz hat heute einen festen Platz in der deutschen Strafprozessordnung und wurde durch die Opferschutzrichtlinie (Richtlinie 2012/29/EU), die Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern vorsieht, umfassend umgesetzt. Darüber hinaus existieren in Deutschland zahlreiche Opferhilfeeinrichtungen und –initiativen, die sich um Menschen, die Opfer von Straftaten geworden sind und Hilfe bei der Folgenbewältigung benötigen, kümmern.

Die für die Entsendung von Personal an die Vereinten Nationen verantwortlichen Ministerien sowie das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze

belehren angehende Experten über die Geltung hoher Verhaltensstandards bei den Vereinten Nationen.

Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen benutzt diesen Anlass, dem Bereich Rechtsangelegenheiten der Vereinten Nationen seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Courtesy Translation

The Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations presents its compliments to the Office of Legal Affairs and thanks it for Note Verbale LA/COD/50/1 of 13 December 2017 and for its commitment to prevent the commission of crimes by UN officials or experts on mission.

German law already makes it possible for criminal offences committed by German personnel serving on UN missions to be prosecuted in Germany. German nationals are as a matter of principle subject to German jurisdiction if the act constitutes a criminal offence at the locality of its commission or if that locality is not subject to any criminal jurisdiction. However, there are certain types of offence, including offences against sexual self-determination, for which German nationals are also subject to German criminal law, even if the acts committed are not punishable in the locality in which they were committed.

The German Criminal Code (Strafgesetzbuch – StGB) does not contain any provisions specifically for UN personnel or representatives. There are, however, detailed provisions on the scope of application of German criminal law, with the effect that specific provisions relating to the UN would be superfluous. The annex to this Note Verbale sets out in full, in German and in translation, the individual provisions from the Criminal Code and the Code of Crimes Against International Law (Völkerstrafgesetzbuch – VStGB) which are applicable. Here is a summary:

- German criminal law applies to acts committed on German territory (section 3 of the Criminal Code) or on a German ship or aircraft (section 4).

- Pursuant to section 7 (1) and 7 (2) 1 of the Criminal Code, German criminal law applies to offences committed abroad against a German or by a German, if the

act is a criminal offence at the locality of its commission or if that locality is not subject to any criminal jurisdiction.

- Pursuant to section 5 of the Criminal Code, German law is also applicable to specific offences committed abroad against domestic legal interests, regardless of the law applicable in the locality where the act was committed. This principle applies in particular to offences against sexual self-determination (section 5 number 8), offences committed by a German public official or a person entrusted with special public service functions (section 5 number 12), acts committed by a foreigner as a public official or as a person entrusted with special public service functions (section 5 number 13), acts committed against public officials, persons entrusted with special public service functions, or soldiers in the Armed Forces during the discharge of their duties or in connection with their duties (section 5 number 14), and acts of corruption committed abroad, where the offender is German at the time of the offence (section 5 number 15 (a) and number 16 (a) of the Criminal Code and Article 2, section 3 of the Act on Combating Bribery of Foreign Public Officials (IntBestG).

- German criminal law also applies to the offences committed abroad against internationally protected legal interests under section 6 of the Criminal Code, regardless of the law applicable in the locality where the act was committed.

- With the enactment of the Code of Crimes Against International Law in 2002, Germany incorporated the provisions on genocide, crimes against humanity and war crimes from the Rome Statute of the International Criminal Court into German law (sections 6 to 12 of the Code). Pursuant to the first sentence of section 1 of the Code, it also covers the offences specified in sections 6 to 12 thereof even if they were committed abroad and bear no relation to Germany. Offences committed by staff on UN missions abroad can thus be prosecuted under these provisions.

- The German Military Criminal Code (Wehrstrafgesetz) contains special provisions for soldiers in the Federal Armed Forces (see section 1 (1) thereof). However, this piece of legislation does not create a completely separate regime for the military. It merely contains the provisions needed to supplement general criminal law, or to deviate from it, as necessitated by the special demands of the military. In all other respects, general criminal law applies to soldiers.

Section 1a (2) of the Military Criminal Code stipulates that general German criminal law applies to offences committed by soldiers while serving abroad or in connection with service abroad, regardless of the law in the locality where the act was committed. German criminal law thus also applies to offences committed by Federal Armed Forces soldiers on missions abroad, including UN missions. Article 96 (2) of the Basic Law states that federal military criminal courts may be established for the Armed Forces. However, no such courts have in fact been established. Offences committed by soldiers thus come under the jurisdiction of the civilian public prosecution authorities and the criminal courts. This is also the case as regards offences under the Military Criminal Code.

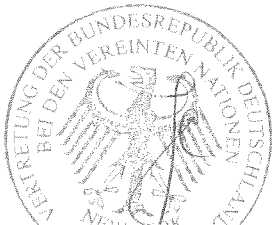
In principle, evidence obtained through the United Nations is admissible in criminal investigations and judicial proceedings. It is up to the German investigating authorities and courts to determine its reliability and admissibility.

Taking victims' interests into account has been and remains one of Germany's top legal policy goals. Numerous legislative proposals adopted over the past years have steadily improved the position of victims in criminal proceedings. The protection of victims is now firmly anchored in the German Code of Criminal Procedure (Strafprozessordnung) and has been comprehensively implemented under the EU Victims' Rights Directive (Directive 2012/29/EU), which lays down minimum standards on the rights, support and protection of victims of crime. In addition, numerous victim support institutions and initiatives exist in Germany. These assist people who have been victims of crime and need help to cope with the consequences.

The Center for International Peace Operations and the Ministries responsible for seconding personnel to the United Nations ensure that experts-to-be are aware of the high standards of conduct expected of those working for the United Nations.

The Permanent Mission of Germany to the United Nations avails itself of this opportunity to renew to the Office of Legal Affairs the assurances of its highest consideration.

New York, 31 May 2018



Anhang: Vorschriften

Auszug aus dem deutschen Strafgesetzbuch (StGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3618) geändert worden ist.

§ 3 Geltung für Inlandstaten
Das deutsche Strafrecht gilt für Taten, die im Inland begangen werden.

§ 4 Geltung für Taten auf deutschen Schiffen und Luftfahrzeugen
Das deutsche Strafrecht gilt, unabhängig vom Recht des Tatorts, für Taten, die auf einem Schiff oder in einem Luftfahrzeug begangen werden, das berechtigt ist, die Bundesflagge oder das Staatszugehörigkeitszeichen der Bundesrepublik Deutschland zu führen.

§ 5 Auslandstaten mit besonderem Inlandsbezug
Das deutsche Strafrecht gilt, unabhängig vom Recht des Tatorts, für folgende Taten, die im Ausland begangen werden:
[...]
8.
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in den Fällen des § 174 Absatz 1, 2 und 4, der §§ 176 bis 178 und des § 182, wenn der Täter zur Zeit der Tat Deutscher ist;
[...]
12.
Taten, die ein deutscher Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter während eines dienstlichen Aufenthalts oder in Beziehung auf den Dienst begeht;
13.
Taten, die ein Ausländer als Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter begeht;
14.
Taten, die jemand gegen einen Amtsträger, einen für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder einen Soldaten der Bundeswehr während der Ausübung ihres Dienstes oder in Beziehung auf ihren Dienst begeht;
15.
Straftaten im Amt nach den §§ 331 bis 337, wenn

a)
der Täter zur Zeit der Tat Deutscher ist,
b)

der Täter zur Zeit der Tat Europäischer Amtsträger ist und seine Dienststelle ihren Sitz im Inland hat,

c)

die Tat gegenüber einem Amtsträger, einem für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder einem Soldaten der Bundeswehr begangen wird oder

d)

die Tat gegenüber einem Europäischen Amtsträger oder Schiedsrichter, der zur Zeit der Tat Deutscher ist, oder einer nach § 335a gleichgestellten Person begangen wird, die zur Zeit der Tat Deutsche ist;

[...]

§ 6 Auslandstaten gegen international geschützte Rechtsgüter

Das deutsche Strafrecht gilt weiter, unabhängig vom Recht des Tatorts, für folgende Taten, die im Ausland begangen werden:

1. (aufgehoben)
2. Kernenergie-, Sprengstoff- und Strahlungsverbrechen in den Fällen der §§ 307 und 308 Abs. 1 bis 4, des § 309 Abs. 2 und des § 310;
3. Angriffe auf den Luft- und Seeverkehr (§ 316c);
4. Menschenhandel (§ 232);
5. unbefugter Vertrieb von Betäubungsmitteln;
6. Verbreitung pornographischer Schriften in den Fällen der §§ 184a, 184b Absatz 1 und 2 und § 184c Absatz 1 und 2, jeweils auch in Verbindung mit § 184d Absatz 1 Satz 1;
7. Geld- und Wertpapierfälschung (§§ 146, 151 und 152), Fälschung von Zahlungskarten mit Garantiefunktion und Vordrucken für Euroschecks (§ 152b Abs. 1 bis 4) sowie deren Vorbereitung (§§ 149, 151, 152 und 152b Abs. 5);
8. Subventionsbetrug (§ 264);
9. Taten, die auf Grund eines für die Bundesrepublik Deutschland verbindlichen zwischenstaatlichen Abkommens auch dann zu verfolgen sind, wenn sie im Ausland begangen werden.

Auszug aus dem deutschen Wehrstrafgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Mai 1974 (BGBl. I S. 1213), das zuletzt durch Artikel 10 Absatz 8 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3618) geändert worden ist.

§ 1 Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für Straftaten, die Soldaten der Bundeswehr begehen.

[...]

§ 1a Auslandstaten
(1) Das deutsche Strafrecht gilt, unabhängig vom Recht des Tatorts, für Taten, die nach diesem Gesetz mit Strafe bedroht sind und im Ausland begangen werden, wenn der Täter

1.
Soldat ist oder zu den in § 1 Abs. 2 bezeichneten Personen gehört oder
2.
Deutscher ist und seine Lebensgrundlage im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes hat.

(2) Das deutsche Strafrecht gilt, unabhängig vom Recht des Tatorts, auch für Taten, die ein Soldat während eines dienstlichen Aufenthalts oder in Beziehung auf den Dienst im Ausland begeht.

Auszug aus dem Völkerstrafgesetzbuch vom 26. Juni 2002 (BGBl. I S. 2254), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3150) geändert worden ist.

§ 1 Anwendungsbereich
Dieses Gesetz gilt für alle in ihm bezeichneten Straftaten gegen das Völkerrecht, für Taten nach den §§ 6 bis 12 auch dann, wenn die Tat im Ausland begangen wurde und keinen Bezug zum Inland aufweist. Für Taten nach § 13, die im Ausland begangen wurden, gilt dieses Gesetz unabhängig vom Recht des Tatorts, wenn der Täter Deutscher ist oder die Tat sich gegen die Bundesrepublik Deutschland richtet.

Courtesy Translation

Annex: Provisions

Excerpt from the German Criminal Code (Strafgesetzbuch – StGB) in the version promulgated on 13 November 1998 (Federal Law Gazette I 3322), as most recently amended by Article 1 of the Act of 30 October 2017 (Federal Law Gazette I 3618).

Section 3 – Offences committed on the territory of the Federal Republic of Germany
German criminal law shall apply to acts committed on German territory.

Section 4 – Offences committed on German ships and aircraft

German criminal law shall apply, regardless of the law applicable in the locality where the act was committed, to acts committed on a ship or an aircraft entitled to fly the federal flag or the national insignia of the Federal Republic of Germany.

Section 5 – Offences committed abroad against domestic legal interests

German criminal law shall apply, regardless of the law applicable in the locality where the act was committed, to the following acts committed abroad:

[...]

8.

offences against sexual self-determination in cases under section 174 (1), (2) and (4), sections 176 to 178, and section 182, if the offender is German at the time of the offence;

[...]

12.

offences committed by a German public official or a person entrusted with special public service functions during their official stay or in connection with their official duties;

13.

acts committed by a foreigner as a public official or as a person entrusted with special public service functions;

14.

acts committed against public officials, persons entrusted with special public service functions, or soldiers in the Armed Forces during the discharge of their duties or in connection with their duties;

15.

offences committed in public office under sections 331 to 337, if

(a)

the offender is German at the time of the act,

(b)

the offender is a European public official and the public authority for which he works is based in Germany,

(c)

the act was committed against a public official, a person entrusted with special public service functions, or a soldier in the Armed Forces, or

(d)

the act was committed against a European public official or arbitrator who is German at the time of the act or a person considered equivalent under section 335a who is German at the time of the act;

(2) German criminal law shall apply, regardless of the law applicable in the locality where the act was committed, to offences committed by soldiers while serving abroad or in connection with service abroad.

Excerpt from the Code of Crimes Against International Law (Völkerstrafgesetzbuch – VStGB) of 26 June 2002 (Federal Law Gazette I 2254), as amended by Article 1 of the Act of 22 December 2016 (Federal Law Gazette I 3150).

Section 1 – Scope of Application

This Act shall apply to all criminal offences against international law designated under this Act, and to the offences under sections 6 to 12 even if the offence was committed abroad and bears no relation to Germany. This Act shall apply to offences under section 13 committed abroad, regardless of the law applicable in the locality where the act was committed, if the offender is German or the offence is directed against the Federal Republic of Germany.

[...]

Section 6 – Offences committed abroad against internationally protected legal interests

German criminal law shall further apply, regardless of the law of the locality where they are committed, to the following offences committed abroad:

1. (repealed);
2. offences involving nuclear energy, explosives and radiation under section 307 and section 308 (1) to (4), section 309 (2) and section 310;
3. attacks on air and maritime traffic (section 316c);
4. human trafficking (section 232);
5. unlawful drug dealing;
6. distribution of pornography under sections 184a, 184b (1) and (2) and section 184c (1) and (2), also in each case in conjunction with section 184d (1), first sentence;
7. counterfeiting money and securities (sections 146, 151 and 152), guaranteed payment cards and blank eurocheque forms (section 152b (1) to (4)) as well as the relevant preparatory acts (sections 149, 151, 152 and 152b (5));
8. subsidy fraud (section 264);
9. offences which on the basis of an international agreement binding on the Federal Republic of Germany must be prosecuted even though committed abroad.

Excerpt from the German Military Criminal Code (Wehrstrafgesetz) in the version promulgated on 24 May 1974 (Federal Law Gazette I 1213), as most recently amended by Article 10 (8) of the Act of 30 October 2017 (Federal Law Gazette I 3618).

Section 1 – Scope of Application

(1) This Act shall apply to offences committed by soldiers of the Federal Armed Forces.

[...]

Section 1a – Offences committed abroad

(1) German criminal law shall apply, regardless of the law applicable in the locality where the act was committed, to acts punishable under this statute which are committed abroad, if the offender

1. is a soldier or a person specified in section 1 (2), or
2. is German and has his main livelihood in the territory of the Federal Republic of Germany.